

Vom Finanzamt auf die Rote Liste gesetzt

Zum Filmen kommt Burkhard Lenniger nicht mehr. Dabei hatte sich der freischaffende Naturfilmer 1993 extra für 455.000 Mark einen kleinen Kutter gekauft, um im Wattenmeer seltene Vögel aufzunehmen. Mit Erfolg: 30 Auszeichnungen hat er für seine Streifen bekommen. Der 49-Jährige aus dem niedersächsischen Otterndorf würde lieber heute als morgen wieder in See stechen. Doch seit einem Jahr hat er dafür keine Zeit mehr: Sein acht Jahre währender und sechs Aktenordner füllender Streit mit dem Finanzamt fordert inzwischen seine ganze Energie.

Er ist für ihn existenzbedrohlich geworden: Das Amt weigert sich, das Schiff zu 100 Prozent als Arbeitsmittel anzuerkennen, verlangt eine Steuernachzahlung von 60.000 Euro und droht vor kurzem die Zwangsversteigerung von Haus und Hof an. Das mit Aufnahmetechnik für 260.000 Euro voll gestopfte Arbeits- und Forschungsschiff „Pirolo“ steht für das Finanzamt Cuxhaven unter dem Verdacht eines Freizeitgegenstands. Schließlich, so soll der Finanzamtschef Lenniger gesagt haben, könne er mit dem zwölf Meter langen Boot ja auch in die Karibik schipperm.

Das Fachpublikum staunt und schüttelt die Köpfe: Das Forschungszentrum Terramare bescheinigt Lenniger, sein Boot sei ein „notwendiges Werkzeug“, die Hochschule für Film und Fernsehen in Berlin-Babelsberg nennt den Schiffeinsatz „folgerichtig und notwendig“. Anders, so die Experten, seien die einzigartigen Einstellun-

gen – etwa für den Haubentaucher bei der Brutpflege – gar nicht zu schießen.

Die Filmbewertungsstelle, die Lennigers Streifen siebenmal das Prädikat „wertvoll“ verlieh, formuliert es so: „Es darf bezweifelt werden, dass Mitarbeiter des Finanzamts Cuxhaven über die entsprechende Qualifikation verfügen“, Lennigers Arbeit zu beurteilen. Die Einlassungen des Amtes seien schlicht „anmaßend“ und „sachfremd“. Das Finanzamt hat sich laut Lenniger bis heute geweigert, seine Filme anzusehen, die ohne das Boot nie entstanden wären.

Die Behörde beharrt auf ihrer Theorie der teilweisen privaten Nutzung, die sie eigentlich selbst beweisen müsste. Stattdessen verlangt sie von Lenniger den Beweis, dass er das Boot nicht privat nutzt. Doch als der während einer Betriebsprüfung vor zwei Jahren einen Stapel von Nachweisen auf den Tisch legte, nahm der Betriebsprüfer den Packer, warf ihn „in hohem Bogen auf den Fußboden und weigerte sich vehement, sie anzusehen“, wie sich Lennigers Steuerberater Hans-G. Hermann erinnert.

Schon 1996, sagt Lenniger, habe ihm eine Betriebsprüferin klar gemacht: „Das Schiff kriegen Sie hier nicht durch.“ Das habe sie auch schon mit der Rechtsbehelfsstelle im eigenen Haus abgesprochen – also genau mit jener Instanz, die für Lenniger von Amts wegen erste Anlaufstelle für einen Widerspruch ist. „Das heißt doch auf deutsch: Wir sitzen am längeren Hebel, und Sie können sowieso nichts

machen“, ärgert sich der Journalist. Vor ein paar Wochen haben sich mehrere Landtagsabgeordnete verschiedener Fraktionen in den Fall Lenniger eingeschaltet, nicht zuletzt auch ein Parteifreund des Finanzministers Hartmut Möllring (CDU). Dieser sah zwar zunächst „keinen Grund“ einzugreifen. Doch inzwischen sagte er ebenso wie Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) eine erneute Prüfung zu.

Die Prüfung ging für Bürokratieverhältnisse äußerst rasch vor sich. Schon bald bekam Lenniger Post. Es sei „keineswegs so“, heißt es da auf Möllrings Briefpapier, „dass die ausschließliche berufliche Nutzung des Schiffes klar auf der Hand läge und das Finanzamt bestimmte Tatsachen oder rechtserhebliche Beweismittel nicht zur Kenntnis nehmen würde.“ Es folgt die Aufforderung, die Steuern zu bezahlen und die Ankündigung, das Finanzamt werde nun den Steuerbescheid für ein weiteres Jahr rückwirkend ändern und das Schiff darin nur noch zu 50 Prozent als Betriebsmittel anerkennen. Das Finanzamt schreibt Lenniger zwei Tage später. Entgegen Möllrings Ankündigung will es nun nur noch 35 Prozent der Kosten für die „Motorsegeljacht Pirolo“ als Betriebsausgabe anerkennen.

Steffen Wolf, Verwaltungsdirektor der Filmbewertungsstelle, der Lennigers Filme im Gegensatz zur niedersächsischen Finanzbürokratie gesehen hat, findet für den Fall Lenniger klare Worte: Er spricht von einem „absoluten Skandal“ und „schlichter Existenzvernichtung“.

Wolfgang Frey